Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft, für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter.

Das „Wilsdruffer Tageblatt" erscheint an allen Werktagen nachmittags 5 Uhr. Bezugspreis: Bei Abholung in der Geschäftsstelle und den Ausgabestellen 2 RM. im Monat, bei Zustellung durch die Boten 2,30 RM., bei Postbestellung 2 RM. zuzüglich Abtrage- bzw. Postanstalten 168 Rpfg. Alle Postanstalten und Postboten und unsere Austräger und Geschäftsstellen nehmen zu jeder Zeit Bestellungen entgegen. Im Falle höherer Gewalt, Krieg oder sonstiger Betriebsstörungen besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Kürzung des Bezugspreises. — Rücksendung eingesandter Schriftstücke erfolgt nur, wenn Porto beiliegt.

Wochenblatt für Wilsdruff u. Umgegend

Anzeigenpreis: die 8gespaltene Raumzeile 20 Rpfg., die 4gespaltene Zeile der amtlichen Bekanntmachungen 40 Reichspfennig, die 3gespaltene Reklamezeile im textlichen Teile 1 Reichsmark. Nachweisungsgebühr 20 Reichspfennige. Vorgeschriebene Erscheinungstage und Platzvorschriften werden nach Möglichkeit berücksichtigt. Anzeigenannahme bis vorm. 10 Uhr. Für die Richtigkeit der durch Fernruf übermittelten Anzeigen übernehmen wir keine Garantie. Jeder Rabattanspruch erlischt, wenn der Betrag durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Anzeigen nehmen alle Vermittlungsstellen entgegen.

Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Nossen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Nr. 106. 90. Jahrgang. | Telegr.-Adr.: „Amtsblatt" | Wilsdruff-Dresden | Postscheck: Dresden 2640 | Freitag, den 8. Mai 1931

Wettrennen zum Elysée.

Staatspräsident in Frankreich, dem Geburtsland der Demokratie, zu sein, hat schon immer so etwas wie eine Art politischer Kaltstellung bedeutet. Aber andererseits ist es doch ein außerordentlich repräsentatives Amt, dessen Inhaber sich übrigens auch nicht immer kaltstellen ließ. Man braucht z. B. nur an die Amtszeit Poincarés vor dem Kriege zu denken, um sich erinnern zu können, welch erheblichen politischen Einfluß eine starke Persönlichkeit auf dem Sessel des französischen Staatspräsidenten doch trotz aller „parlamentarischen" Zurückhaltung haben kann. Allerdings hat Frankreich bisweilen einige Haare in der politischen Suppe gefunden, die von einem derartigen Präsidenten auf den Tisch gestellt wurde.

Da das französische Staatsoberhaupt nicht wie in Deutschland, das übrigens in dieser Beziehung allein das demokratischste aller Wahlrechte — direkte Wahl durch das Volk — besitzt, sein Amt dem Spruch der Wähler verdankt, sondern durch die „Nationalversammlung" gewählt wird, zu der Senat und Deputiertenkammer am 13. Mai zusammentreten werden, so gibt es hier recht oft die auch sonst nicht ungewöhnlichen „parlamentarischen" Überraschungen. Ebensowohl übrigens bei diesen etwa 900 Wählern wie bei denen, die als „Kandidaten" für den Staatspräsidentensessel durch die Couloirs der Deputiertenkammer und des Senats selbst, durch die Spalten der Zeitungen oder die Räume politischer Salons oder Klubs spuken. Oder — „gespukt werden", wenn man so sagen darf; denn eine direkte, unmittelbare Bewerbung gibt es hier nicht. Der und jener „will gern", mag auch mit Andeutungen seinen Freunden gegenüber ebensowenig sparen wie mit Versprechungen, aber würde den „Überraschten" spielen, wenn die Würde des höchsten Staatsamts, das Frankreich zu vergeben hat, nun wirklich um seine vor Rührung bebenden Schultern gelegt wird.

„Heißer Favorit" ist diesmal Briand, ohne daß er mit Ja oder Nein bisher darüber ein Sterbenswörtchen verlauten ließ. Und was sich nun in der Deputiertenkammer bis zum Wahltag abspielen wird, die große außenpolitische Debatte nämlich, die sich um nicht weniger als 12 Interpellationen dreht, hat zum Kern eigentlich immer nur das, was dann am 13. Mai vor sich gehen soll. Das muß man gerade als Deutscher wissen, nicht bloß deswegen, weil sich formell einige Interpellationen auch mit dem deutsch-österreichischen Zollbündnis, der Stellung Frankreichs dazu und den seither unternommenen Gegenaktionen gegen dieses Vorhaben beschäftigen, sondern weil überhaupt die ganze Außenpolitik Briands unter die kritische Lupe der Präsidentenwahlprüfung genommen wird. Wie des heutigen französischen Außenministers und morgigen Kandidaten Antwort über die Zollunionspläne ausfällt — nun, darüber liegen nicht bloß Worte, sondern Taten aus unmittelbarer Vergangenheit sozusagen als Auftakt vor: Briands erste Ausführungen hierüber im Senat, dann die Rede des jetzigen Staatspräsidenten Doumergue, ferner die kürzlich geäußerten Drohungen des Ministerpräsidenten Laval. Und schließlich das schroffe Nein des „Echo de Paris" in Prag, des tschechischen Außenministers Benesch, der ja genau so tanzt, wie in Paris an den Drähten gezogen wird. Denn bei dem Wettrennen zum Elysée, dem Palais des Staatspräsidenten, quer durch die Nationalversammlung ist noch einiges andere von Einfluß.

Briand nämlich wird von der französischen Rechten mit verhohlenem, oft aber auch gar nicht mehr verhülltem Mißtrauen betrachtet und einige jener Interpellationen, die von der rechten Seite der Deputiertenkammer her stammen, sind durchtränkt vom Geist des Mißtrauens. Daß dabei der unvermeidliche Franklin-Bouillon, Frankreichs Vertreter ausgerechnet beim Völkerbund und Vorsitzender des Auswärtigen Kammerausschusses, nicht fehlen darf mit allerhand scharfen „Spitzen" gegen Briands Politik, ist so selbstverständlich, daß Briand selbst sonst wohl das Auftreten dieses alten Gegners des „Geistes von Locarno" vermissen würde. Aber im Senat sieht es politisch etwas anders aus als in der Deputiertenkammer, die zum großen Teil Briand und seine — frühere — Außenpolitik nicht schätzt, aber nicht weiß, wie und mit wem hier ein Systemwechsel erfolgen soll. Diese Mißbilligung wird jetzt so nicht ausgesprochen, weil die Rechte und die Mitte das Kabinett Laval mitsamt seinem Außenminister stützt um ein scharfes Umkippen nach links zu verhindern. Aber im Senat gibt es überhaupt nur eine zahlenmäßig geringe politische Linke; dort hängt die ganze Geschichte stärker nach rechts herüber, — und darauf muß ein „Kandidat" gebührend Rücksicht nehmen, wenn er ernsthaft nach dem „Herzogsmantel", dem Amt des Staatspräsidenten, greift.

Infolgedessen machte man sich deutscherseits schon auf allerhand gefaßt hinsichtlich dessen, was nun nicht bloß Auftakt für die Tagung des Europakomitees und des Völkerbundrates in Genf ist, sondern vor allem der erste Teil des Wettrennens zum Elysée, zur Residenz des französischen Staatspräsidenten. Und trotzdem — wenn man dort auch wegen dieses Kampfes mit schärferen, deutlicheren, rücksichtsloseren Waffen auftritt, so macht dabei der Ton durchaus nicht allein die Musik. Wir Deutsche können und müssen uns vielmehr nur an die „Noten" halten, die in Paris gespielt und die — uns übersandt wurden. Eine „Rücksichtnahme auf Frankreichs Innenpolitik, auf die Präsidentenwahl!" wäre eine Aufforderung, die am Kern der Dinge vorbeigeht und auf französische Fanfaren mit deutschen Ehamaden antworten will. Aber diese „Flötentöne" in Deutschland würden herzlich wenig zu denen passen, die man uns und Österreich in Genf — „beizubringen" französischerseits fest entschlossen ist.

Vorbereitung auf Genf.

Die Außenminister rüsten zur Ratstagung.

Der Kampf um die Zollunion kann beginnen.

Reichsaußenminister Dr. Curtius wird am nächsten Mittwoch zur Tagung des Völkerbundrates nach Genf abreisen, wo schwierige Aufgaben seiner warten. Er wird anzukämpfen haben gegen die Angriffe, die Frankreich gegen das deutsch-österreichische Zollabkommen machen wird. Daß es ein Kampf bis aufs Messer werden wird, das zeigen die immer wiederholten Vorstöße oft nicht ganz einwandfreier Art, die Frankreich bisher bereits unternommen hat, um diesen Versuch einer Zollunion bereits im Keime zu ersticken. Wahrscheinlich wird noch in dieser Woche eine Sitzung des Reichskabinetts stattfinden, die sich mit den Vorbereitungen und Instruktionserteilungen an Dr. Curtius befassen wird.

Die Abreise des englischen Außenministers Henderson zu den Verhandlungen in Genf ist auf den 12. Mai festgesetzt worden. Er wird seine Reise in Paris unterbrechen, wo er Besprechungen mit Briand haben wird. Seine Weiterreise nach Genf erfolgt voraussichtlich am 14. Mai.

Soweit die Verhandlungen über die deutsch-österreichischen Zollvereinbarungen in Frage kommen, stehen dem Außenminister Henderson zur Beurteilung der juristischen Seite das Gutachten der englischen Kronjuristen und die Auffassungen der Rechtssachverständigen des englischen Außenamtes als Unterlage zur Verfügung. Die Kronjuristen vertreten die Ansicht, daß das neue österreichisch-deutsche Abkommen in keiner Weise in Widerspruch zu den Bestimmungen der Verträge von Versailles und St. Germain stehe. Hinsichtlich der Beziehungen des Zollabkommens zu dem Genfer Protokoll von 1922 über die österreichische Völkerbundanleihe konzentrieren sich die Ausführungen der Kronjuristen auf den in dem genannten Protokoll enthaltenen Begriff der „wirtschaftlichen Unabhängigkeit" Österreichs, der nach ihrer Ansicht keine brauchbare Unterlage für eine endgültige juristische Auffassung abgebe, da „wirtschaftliche Unabhängigkeit" ein Begriff sei, der sich selbst widerspreche. Die endgültige Begriffsbestimmung würde also letzten Endes eine politische Angelegenheit bleiben.

*

Frankreich gegen Henderson.

Es will „seinen Mann" zum Präsidenten der Abrüstungskonferenz.

Wie in Genfer gut unterrichteten Kreisen verlautet, hat sich die Mehrzahl der im Völkerbundrat vertretenen Regierungen bereits für die Wahl des englischen Außenministers Henderson zum Präsidenten der Abrüstungskonferenz ausgesprochen. Die Unterstützung Hendersons durch die deutsche und italienische Regierung gilt als gesichert; dagegen verlautet, daß sich die französische Regierung der Wahl Hendersons widersetzen und von neuem Benesch in Vorschlag bringen will. Sollte infolgedessen ein einstimmiger Beschluß des Rates nicht zustandekommen, so dürfte die Wahl auf einen neutralen Vertreter fallen. Der Rat wird ferner auf der Maitagung endgültig über den Ort der Abrüstungskonferenz entscheiden.

*

Kontrollausschuß und Zollunion.

Neues französisches Störungsmanöver.

Die Einberufung des Kontrollausschusses für die österreichische Völkerbundanleihe kommt nicht überraschend. Sie gehört zu den vielen von Frankreich veranlaßten Maßnahmen, die das Zustandekommen der deutsch-österreichischen Zollunion behindern sollen. Der Kontrollausschuß darf nur dann eingreifen, wenn der Zinsendienst der Völkerbundanleihe gefährdet wird. Das geschieht durch die Zollunion jedoch nicht. Die österreichischen Zolleinnahmen werden sich infolge der Zollunion sogar erhöhen. Ebenso ist anzunehmen, daß die Zollunion voraussichtlich eine Stärkung der österreichischen Wirtschaft mit sich bringen und so auch auf die Finanzen einen günstigen Einfluß haben wird.

Man kann somit diesem französischen Manöver, das lediglich der Stärkung Briands bei der französischen Präsidentenwahl dienen soll, mit Ruhe entgegensehen. Eine Entscheidung gegen die deutsch-österreichische Zollunion wäre jedenfalls nur unter Bruch der völkerrechtlichen Voraussetzungen möglich, unter denen die Völkerbundanleihe seinerzeit abgeschlossen wurde.

Die Masken fallen.

Die Zollunion-Aussprache in der französischen Kammer.

Die langerwartete große „Anschluß"-Aussprache in der französischen Kammer begann vor schwach besetztem Hause. Das ganze Interesse dürfte sich auf die voraussichtlich erst am Freitag nachmittag erfolgende Rede Briands konzentrieren.

Als erster Interpellant bestieg Nogaro (Radikalsozialist) die Rednertribüne. Seine Ausführungen gipfelten darin, daß die deutsch-österreichische Zollunion, die man für eine wirtschaftliche Maßnahme ausgeben wolle,

in Wirklichkeit eine politische Aktion

sei, die zu einer Arbeitslosenkrise in Österreich führen müsse. Darauf begründete der Präsident Fougère (Tardieu-Gruppe) seine Interpellation. Er stellte die Behauptung auf, daß die Zollunion den Friedensverträgen und dem Genfer Protokoll widerspreche. Der französische Außenminister müsse auf dem Fallenlassen des Planes bestehen. Ybarnegaray (Marin-Gruppe) wandte sich sowohl gegen Deutschland und Österreich, wie auch gegen Briand. Das deutsch-österreichische Abkommen stehe in direktem Widerspruch zu sämtlichen Verträgen und sei

das wagehalsigste Unternehmen,

das seit den Friedensschlüssen in Europa überhaupt zu verzeichnen sei. Das Abkommen sei eine Unhöflichkeit gegenüber Briand. Der Redner warf die Frage auf, wem man unter diesen Umständen in Deutschland überhaupt noch vertrauen könne. Wenn Deutschland heute betone, daß es sich bei dem Abkommen um den ersten Schritt zu den Vereinigten Staaten von Europa handele, so hätte es, um ehrlich zu sein, den Plan zunächst sämtlichen Mitgliedern des Völkerbundes unterbreiten müssen. Unverständlich sei, wie der österreichische Bundeskanzler das Abkommen habe unterzeichnen können, ohne vorher die österreichischen Wirtschaftskreise zu hören. Es sei sehr wohl möglich, daß er einer Drohung nachgegeben habe, die an Sadowa und den Schatten Bismarcks erinnert habe.

Als Beherrscher Österreichs werde Deutschland sehr rasch Beherrscher Europas werden.

Wenn Frankreich dies nicht verhindere, werde man recht bald einem Deutschland gegenüberstehen, das, auf dem Schlachtfelde besiegt, den Siegern seinen Willen aufzwinge.

*

Schon aus diesen Kundgebungen in der französischen Kammer ist es aller Welt klar, daß Briand

eine große Galavorstellung

vorbereitet und sich mit billigen rednerischen Triumphen schmücken will.

*

Die Zollunion im Prager Senat.

Neue Erklärung Beneschs.

Prag, 8. Mai. Der Außenausschuß des Prager Senats führte am Donnerstag die Aussprache über den Bericht des Außenministers vom 23. April zu Ende. Der deutsche christlich-soziale Senator Feierfeil erklärte, die Gründe Beneschs gegen die Zollunion seien nicht stichhaltig, denn die Zollunion bedeute keine Aufgabe der Selbständigkeit Oesterreichs. Der Zollvertrag habe mit der Anschlußfrage nichts zu tun. Es liege im Interesse der Tschechoslowakei, sich dem Zollunionsplan anzuschließen.

Der tschechische Sozialdemokrat Krejci meinte, man müsse anerkennen, daß nicht alle Deutschen daran dächten, das tschechische Volk um seine Existenz zu bringen. Bei der Zollunion handele es sich tatsächlich um eine wirtschaftliche Frage.

Nach weiteren Rednern ergriff Außenminister Benesch das Wort. Er betonte die Notwendigkeit, daß mit Deutschland und Oesterreich ein Einvernehmen gefunden werden müsse. An dem Bukarester Zwischenfall mit dem Deutschen Reich sei er unschuldig. Er habe keine Ahnung von der Sache gehabt. Benesch betonte die Bedeutung der Bukarester Konferenz und die dort erzielte vollständige Einigkeit. Er sei für eine gesamteuropäische Lösung, damit jede Blockbildung beseitigt würde. Gegenüber der Behauptung eines Redners, die Tschechoslowakei sei überall dabei, wo es gegen Deutschland gehe, verwies der Minister auf eine Rede Dr. Rameks, worin dieser die Verdienste der Tschechoslowakei um Oesterreich hervorgehoben habe. Benesch kam dann auf die nationalen Fragen in der Tschechoslowakei zu sprechen und sagte, die deutsch-österreichische Zollunion sei ein Prüfstein, wieweit die Verständigung der beiden Völker gediehen sei. Die Art, wie die deutschen Senatoren gesprochen hätten, zeige die Fortschritte und die Versuche, einander zu verstehen. Er suche alle Konflikte zu vermeiden, er müsse aber unter allen Umständen die Interessen des Staates vertreten. Die Deutschen in der Tschechoslowakei sollten befriedigt werden, müßten sich eher dann zu 100 Prozent hinter den Staat stellen. Was die Anschlußfrage betreffe, so sei es richtig, daß der Friedensvertrag mit Zustimmung des Völkerbundrates keine Aenderung der darauf bezüglichen Bestimmungen zulasse. Er — Benesch — würde aber im gegebenen Fall dagegen stimmen. Wegen Aenderung der Friedensverträge würden aber keine Kriege geführt werden.

SLUB Wir führen Wissen. Heimatmuseum der Stadt Wilsdruff WILSDRUFF